

Antrag 67/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Koloniales Unrecht in Namibia anerkennen – Reparationen, Rückgabe und Dialog mit den Betroffenen jetzt vorantreiben****1 TW: Gewalt, Völkermord, sexualisierte Gewalt**

2

3 Zwischen 1904 und 1908 verübte das Deutsche Kaiserreich
 4 in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika einen
 5 systematischen Völkermord an den Herero und den Na-
 6 ma. Etwa 65.000 Herero und 10.000 Nama wurden ermor-
 7 det – durch Massaker, Lager, Hunger und medizinische Ex-
 8 perimente. Die koloniale Gewalt war rassistisch motiviert
 9 und wurde offen als Vernichtungskrieg geführt. Die Bun-
 10 desregierung bezeichnete im Jahr 2021 die Verbrechen als
 11 Genozid "nach heutigem Verständnis" und verabschiedete
 12 gemeinsam mit der namibischen Regierung eine "ge-
 13 meinsame Erklärung".

14

15 Dies war laut Bundesregierung keine völkerrechtliche Ent-
 16 schuldigung, sondern nur eine politische Erklärung. Ver-
 17 treter*innen von Herero und Nama forderten bereits 2021
 18 eine völkerrechtliche Anerkennung, da rechtliche Ansprü-
 19 che auf Reparationen ansonsten nicht gegeben sind.

20

21 Diese Erklärung enthielt einige Lücken: Keine direkte Re-
 22 paration, sondern sog. Entwicklungszusagen ohne ver-
 23 bindliche Beteiligung der Opfergruppen. Außerdem ent-
 24 sprach der Umfang der über 30 Jahre avisierten Leis-
 25 tungen von 1,1 Milliarden € nicht einmal besonders ho-
 26 hen Unterstützungsmitteln. Keine konsequente Rückgabe
 27 menschlicher Überreste oder Kulturgüter, wie bereits in-
 28 tensiv in E3_1/22 besprochen, obwohl viele davon eindeu-
 29 tig identifizierbar sind. Kein Gedenkort in Deutschland,
 30 der das kollektive Erinnern ermöglicht.

31

32 Die Herero und Nama gehören in Namibia bis heute zu
 33 den strukturell benachteiligten Gruppen, unter anderem
 34 aufgrund von Landenteignungen, fehlendem Zugang zu
 35 Bildung und fehlender politischer Mitsprache. Eine ge-
 36 rechte Erinnerungspolitik muss diese Realität anerkennen
 37 – und ihr aktiv entgegenwirken.

38

39 Im August 2004 nannte die damalige Entwicklungsmi-
 40 nisterin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Gräueltaten
 41 von 1904 bis 1908 erstmals einen "Völkermord" und bat in
 42 Namibia um Entschuldigung. Die damalige Bundesregie-
 43 rung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister
 44 Joschka Fischer ließ erklären, dass dies nur die private Mei-
 45 nung einer Ministerin sei.

46

47 Wir stehen für Menschenrechte, postkoloniale Gerechtig-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)****TW: Gewalt, Völkermord, sexualisierte Gewalt**

Zwischen 1904 und 1908 verübte das Deutsche Kaiserreich in der damaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika einen systematischen Völkermord an den Herero und den Nama. Etwa 65.000 Herero und 10.000 Nama wurden ermordet – durch Massaker, Lager, Hunger und medizinische Experimente. Die koloniale Gewalt war rassistisch motiviert und wurde offen als Vernichtungskrieg geführt. Die Bundesregierung bezeichnete im Jahr 2021 die Verbrechen als Genozid "nach heutigem Verständnis" und verabschiedete gemeinsam mit der namibischen Regierung eine "gemeinsame Erklärung".

Dies war laut Bundesregierung keine völkerrechtliche Entschuldigung, sondern nur eine politische Erklärung. Vertreter*innen von Herero und Nama forderten bereits 2021 eine völkerrechtliche Anerkennung, da rechtliche Ansprüche auf Reparationen ansonsten nicht gegeben sind.

Diese Erklärung enthielt einige Lücken: Keine direkte Reparation, sondern sog. Entwicklungszusagen ohne verbindliche Beteiligung der Opfergruppen. Außerdem entsprach der Umfang der über 30 Jahre avisierten Leistungen von 1,1 Milliarden € nicht einmal besonders hohen Unterstützungsmitteln. Keine konsequente Rückgabe menschlicher Überreste oder Kulturgüter, wie bereits intensiv in E3_1/22 besprochen, obwohl viele davon eindeutig identifizierbar sind. Kein Gedenkort in Deutschland, der das kollektive Erinnern ermöglicht.

Die Herero und Nama gehören in Namibia bis heute zu den strukturell benachteiligten Gruppen, unter anderem aufgrund von Landenteignungen, fehlendem Zugang zu Bildung und fehlender politischer Mitsprache. Eine gerechte Erinnerungspolitik muss diese Realität anerkennen – und ihr aktiv entgegenwirken.

Im August 2004 nannte die damalige Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) die Gräueltaten von 1904 bis 1908 erstmals einen "Völkermord" und bat in Namibia um Entschuldigung. Die damalige Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder und Außenminister Joschka Fischer ließ erklären, dass dies nur die private Meinung einer Ministerin sei.

Wir stehen für Menschenrechte, postkoloniale Gerechtig-

48 keit und internationale Solidarität. Es ist überfällig, dass
 49 Deutschland Verantwortung übernimmt durch Rückgabe
 50 und Reparationen – und für eine neue Haltung im Um-
 51 gang mit kolonialem Erbe. Daher fordern wir eine gerech-
 52 te und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den
 53 Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-
 54 Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir:

55

- 56 • Eine Neuauflage und Erweiterung des deutsch-
 57 namibischen Versöhnungsabkommens unter
 58 gleichberechtigter Beteiligung von Repräsentant*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften
- 60 • Anerkennung und finanzielle Reparationen über
 61 die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – aus-
 62 drücklich als Entschädigung für das kollektive Un-
 63 recht der kolonialen Gewalt und des Genozids
- 64 • Die systematische Rückgabe menschlicher Überres-
 65 te und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen,
 66 Universitäten und privaten Sammlungen befinden,
 67 nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnen-
 68 räten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen
- 69 • Die Etablierung und Finanzierung wissenschaftli-
 70 cher Austauschprogramme für Wissenschaftler*in-
 71 nen aus Namibia zur Erschließung, Systematisie-
 72 rung und Erforschung kolonialer deutscher Samm-
 73 lungen, um Restaurierungen vorzubereiten und
 74 möglich zu machen
- 75 • Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-
 76 namibischen Dialogforums, das die historischen
 77 Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöh-
 78 nungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte
 79 (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkorte) unterstützt
- 80 • Die Einrichtung eines offiziellen, dauerhaften Ge-
 81 denkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertre-
 82 ter*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung
 83 an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dau-
 84 erhaft sichtbar zu machen
- 85 • Eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer
 86 eigenen kolonialen Geschichte und Mitverantwor-
 87 tung während des Kaiserreichs und darüber hinaus
- 88 • Eine Aufarbeitung, wieso die deutsche Bundesregie-
 89 rung jahrzehntelang strategisch die Frage nach Re-
 90 parationen herauszögert
- 91 • Die Thematik soll in den Rahmenlehrplänen enthal-
 92 ten sein.
- 93 • Weiterführenden Schulen wird empfohlen eine Ex-
 94 kurSION im Rahmen des gesellschaftswissenschaft-
 95 lichen Unterrichts zu Gedenkorten durchzuführen,
 96 vorzubereiten und im Unterricht nachzuarbeiten.

97

98

keit und internationale Solidarität. Es ist überfällig, dass
 Deutschland Verantwortung übernimmt durch Rückgabe
 und Reparationen – und für eine neue Haltung im Um-
 gang mit kolonialem Erbe. Daher fordern wir eine gerech-
 te und umfassende Aufarbeitung des Genozids an den
 Herero und Nama in der ehemaligen Kolonie „Deutsch-
 Südwestafrika“ (heute Namibia) ein. Dazu fordern wir:

- Eine Neuauflage und Erweiterung des deutsch-
 namibischen Versöhnungsabkommens unter
 gleichberechtigter Beteiligung von Repräsentant*innen der Herero- und Nama-Gemeinschaften
- Anerkennung und finanzielle Reparationen über
 die bisherigen Entwicklungszusagen hinaus – aus-
 drücklich als Entschädigung für das kollektive Un-
 recht der kolonialen Gewalt und des Genozids. Über
 die Verteilung der Reparationen entscheiden die He-
 rero und Nama in Namibia selbst.
- Die systematische Rückgabe menschlicher Überres-
 te und Kulturgüter, die sich in deutschen Museen,
 Universitäten und privaten Sammlungen befinden,
 nach Namibia – in Kooperation mit lokalen Ahnen-
 räten, Museen und zivilgesellschaftlichen Gruppen
- Die Etablierung und Finanzierung wissenschaftli-
 cher Austauschprogramme für Wissenschaftler*in-
 nen aus Namibia zur Erschließung, Systematisie-
 rung und Erforschung kolonialer deutscher Samm-
 lungen, um Restaurierungen vorzubereiten und
 möglich zu machen
- Die Einrichtung eines dauerhaften deutsch-
 namibischen Dialogforums, das die historischen
 Nachwirkungen des Genozids thematisiert, Versöh-
 nungsinitiativen begleitet und konkrete Projekte
 (z. B. Bildungsprogramme, Gedenkorte) unterstützt
- Die Einrichtung eines offiziellen, dauerhaften Ge-
 denkortes in Berlin, in Zusammenarbeit mit Vertre-
 ter*innen der Herero und Nama, um die Erinnerung
 an den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts dau-
 erhaft sichtbar zu machen
- Eine interne Auseinandersetzung der SPD mit ihrer
 eigenen kolonialen Geschichte und Mitverantwor-
 tung während des Kaiserreichs und darüber hinaus
- Eine Aufarbeitung, wieso die deutsche Bundesregie-
 rung jahrzehntelang strategisch die Frage nach Re-
 parationen herauszögert
- Die Thematik soll in den Rahmenlehrplänen enthal-
 ten sein.
- Weiterführenden Schulen wird empfohlen eine Ex-
 kurSION im Rahmen des gesellschaftswissenschaft-
 lichen Unterrichts zu Gedenkorten durchzuführen,
 vorzubereiten und im Unterricht nachzuarbeiten.